

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 065 | 31.1.2025

Unsere Anträge und unser Gesetzentwurf für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration

Liebe Leserin, lieber Leser,

die abscheuliche Mordtat von Aschaffenburg, bei der zwei kleine Kinder Opfer eines brutalen Messerangriffs wurden, hat Trauer und Bestürzung in ganz Deutschland ausgelöst. Der Mord an einem der Kinder sowie an einem erwachsenen Mann, der zur Hilfe eilte und dafür mit seinem Leben bezahlte, verdeutlicht eine neue Dimension der Gewalt auf Deutschlands Straßen.

Aschaffenburg reiht sich ein in die Terroranschläge von Mannheim und Solingen und den Angriff auf den Weihnachtsmarkt von Magdeburg. Bei dem Täter handelt es sich um einen 28-jährigen afghanischen Asylsuchenden ohne Schutzanspruch, der ausreisepflichtig war.

Er war zuvor bereits mehrfach durch Gewaltdelikte auffällig geworden; trotz vorübergehender Einweisung in psychiatrische Einrichtungen und bestehender Ausreisepflicht lief er frei herum.



Wir weigern uns anzuerkennen, dass dies die neue Normalität in Deutschland ist. Die aktuelle Asyl- und Einwanderungspolitik gefährdet die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und das Vertrauen der gesamten Gesellschaft in den Staat. Sie wird vom ganz überwiegenden Anteil der Menschen in Deutschland abgelehnt. Die Politik der letzten Jahre hat es versäumt, Kontrolle über die Migration zurückzugewinnen. Sie hat es versäumt, das geltende nationale Recht durch-

zusetzen, klare Regeln zu formulieren und Fehlanreize für illegale Migration – wie etwa überhöhte Sozialleistungen – zu beseitigen.

Wir haben in dieser Woche im Parlament die Initiative übernommen für einen grundlegenden Politikwechsel bei der Inneren Sicherheit, für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration. Die

Zeit für Arbeitskreise und Diskussionsgruppen ist vorbei. Es muss gehandelt werden – und zwar jetzt. Dazu haben wir zwei Anträge und einen Gesetzentwurf zur Abstimmung gestellt:

In unserem Antrag [„Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“](#) greifen wir die zentralen Forderungen unseres Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz auf: Dauerhafte Grenzkontrollen an allen deutschen Staatsgrenzen und Zurückweisung ausnahmslos aller Versuche illegaler Einreise. Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, dürfen nicht mehr auf freiem Fuß sein. Sie müssen unmittelbar in Haft genommen werden. Der Bund soll die Länder beim Vollzug der Ausreisepflicht noch mehr als bisher unterstützen, indem Bundesausreisezentren geschaffen werden. Die Bundespolizei soll zudem die Befugnis erhalten, bei ausreisepflichtigen Personen auch selbst und unmittelbar Haftbefehle für Abschiebehaft oder Ausreisegefahr zu beantragen. Außerdem sollen ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder in einem zeitlich unbefristeten Ausreisearrest bleiben, bis sie freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren oder die Abschiebung vollzogen werden kann. Dieser Antrag hat am Mittwoch, den 29. Januar 2025 – gegen die Stimmen von Rot-Grün – eine Mehrheit im Deutschen Bundestag erhalten.



CDU

Fünf Punkte für ein sicheres Deutschland

1. Zurückweisungen an den deutschen Staatsgrenzen
2. Faktisches Einreiseverbot
3. Mehr Abschiebehaft-Plätze
4. Mehr Unterstützung durch den Bund bei Abschiebungen
5. Zeitlich unbefristeten Ausreisearrest für Straftäter und Gefährder schaffen

In unserem Antrag [„Für einen Politikwechsel bei der Inneren Sicherheit“](#) zeigen wir in 27 Forderungspunkten im Detail auf, welche weiteren Maßnahmen für eine Wiederherstellung der Inneren Sicherheit erforderlich sind. Zu unseren wichtigsten Forderungen gehören die Einführung einer Speicherpflicht für IP-Adressen zur Bekämpfung schwerer Kriminalität – insbesondere von Terrorverbrechen und Kinderpornografie – sowie zeitgemäße technische Befugnisse für die Sicherheitsbehörden. Mit gezielten Änderungen im Strafrecht wollen wir den Schutz von besonders vulnerablen Personen verbessern. Gleiches gilt für den Schutz von Polizeibeamten, Rettungskräften und Angehörigen der Gesundheitsberufe. Dieser Antrag hat vorgestern – erneut gegen die Stimmen von Rot-Grün – keine Mehrheit im Deutschen Bundestag erhalten.

Mit unserem bereits nach dem Messeranschlag in Solingen eingebrachten Entwurf für ein [Zustrombegrenzungsgesetz](#) schlagen wir drei zentrale, schnell wirksame Maßnahmen vor: ① Wir wollen das Regelungsziel der „Begrenzung“ im Aufenthaltsgesetz wieder einführen. Das bedeutet, dass Behörden sich bei Ermessensentscheidungen im Aufenthaltsrecht gerade an dem Ziel der „Begrenzung“ der Migration orientieren müssen. ② Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten – also zu solchen Asylsuchenden, die nicht individuell verfolgt werden, sondern nur aufgrund der Verhältnisse im Heimatland vorübergehenden Schutz in Deutschland erhalten – wollen wir beenden. ③ Überdies weiten wir die Kompetenzen der Bundespolizei beim Vollzug des Aufenthaltsrechts aus. Unser Zustrombegrenzungsgesetz wurde am heutigen Freitag im Deutschen Bundestag abgestimmt.

Stundenlang hatten vorher die Fraktionspitzen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne in einer Sitzungsunterbrechung beraten – doch bei SPD und Grünen gab es keinerlei Bewegung in der Sache. Die Abstimmung ging leider mit 350 zu 338 Stimmen verloren.

Wir bedauern, dass bisher alle Versuche, mit der von Olaf Scholz verantworteten Bundesregierung zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, in den letzten drei Jahren gescheitert sind. Es lag in dieser Woche daher letztmalig in dieser Wahlperiode allein bei den Sozialdemokraten und den Grünen, ob es für unsere Vorschläge für eine Asylwende in der Mitte des Deutschen Bundestages noch eine parlamentarische Mehrheit geben würde oder nicht. Bezüglich unserer beiden Anträge waren SPD und Grüne am Mittwoch nicht in der Lage, gemeinsam mit uns die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Inneren Sicherheit in Deutschland zu treffen.

Wir haben mit der AfD im Deutschen Bundestag keine Mehrheit. Wir reden oder verhandeln nicht mit der AfD. Es gibt keine Zusammenarbeit mit diesen Extremisten. Wir haben eine Mehrheit in der demokratischen Mitte des Bundestages gesucht. SPD und Grüne mussten sich entscheiden, ob sie unseren Vorschlägen zustimmen oder ungerührt auf ein „weiter so“ setzen. Wir sind selbstverständlich weiter zu Gesprächen bereit, auch nach drei Jahren sehr unzureichender Entscheidungen der Ampel in der Migrationspolitik. Aber jetzt mussten konkrete weitere Entscheidungen getroffen werden.

Ohne Zweifel: Die Demokratie ist in Gefahr, wenn Radikale an die Macht kommen. Deshalb werden wir alles tun, um genau das zu verhindern. Die Vermutungen und die Spekulationen, die Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung am 29. Januar 2025 angestellt hat, sind niederträchtig und infam. Die Demokratie gerät auch in Gefahr, wenn eine gesellschaftliche und politische Minderheit – und SPD und Grüne sind eine kleiner werdende gesellschaftliche und politische Minderheit – die Radikalen als Werkzeug benutzt, um den Willen der Mehrheit der Bevölkerung dauerhaft zu ignorieren.

Deshalb lassen wir uns von SPD und Grünen nicht mehr sagen, was wir zu tun und was wir nicht zu tun haben. Beide Fraktionen hatten am heutigen Freitag bei der Abstimmung über unser Zustrombegrenzungsgesetz erneut die Wahl. Sie haben ihre Entscheidung getroffen. Und daher musste auch ohne sie und in der Sache trotzdem richtig entschieden werden – wie bei der Abstimmung über unseren Antrag „Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“.

Denn: Eine richtige Entscheidung wird nicht dadurch falsch, dass die Falschen zustimmen. Sie bleibt richtig.

Wir wissen die große Mehrheit der Bevölkerung – übrigens auch die Mehrheit der sozialdemokratischen Wählerinnen und Wähler – hinter uns.

Wir werden nach der Bundestagswahl alles dafür tun, dass wir nie wieder in eine solche Lage kommen, wie wir sie Mittwoch und heute zu unserem allergrößten Bedauern hier im Deutschen Bundestag diskutieren mussten.

Was in der Diskussion oft vergessen wird:

Wer die illegale Migration beendet und den Rechtsstaat stärkt, entzieht auch Populisten ihre politische Arbeitsgrundlage.

Wir rufen SPD, Grüne und FDP dazu auf, dass sie jetzt gemeinsam mit uns die notwendigen Schritte unternehmen, um die Ordnung an unseren Grenzen wiederherzustellen und die Verpflichtung des Staates zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Am 29. Januar 2025 hat Rot-Grün ihre Stimmen für eine Asylwende verweigert.

Wir fordern die Fraktionen der ehemaligen Ampel dazu auf, endlich die Zeichen der Zeit zu erkennen und mit uns zu reden. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger duldet keinen Tag Aufschub.



Deutschland wieder nach vorne bringen – Für eine starke wirtschaftspolitische Agenda

Die [Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht](#) zeigte deutlich: Deutschland ist in einer schweren Wirtschaftskrise. Das Bruttoinlandsprodukt ist das zweite Jahr in Folge gesunken. Die Insolvenzzahlen steigen. Es sind so viele Menschen arbeitslos, wie seit fast zehn Jahren nicht mehr – trotz der demographischen Entwicklung. Laufend kündigen Unternehmen Stellenabbau an. Der Standort Deutschland verliert an Wettbewerbsfähigkeit.



Die ehemalige Ampel-Regierung unter der Verantwortung von Olaf Scholz hat die wirtschaftliche Lage lange ignoriert, dann zu lange gestritten und ist letztlich auch an den Widersprüchen ihrer Haushaltshalts- und Wirtschaftspolitik gescheitert.

Dabei hat Deutschland das Potenzial, um wirtschaftlich wieder nach vorne zu kommen. Deutschland braucht endlich eine Politik, die das Innovations- und Leistungspotenzial freisetzt und Deutschland wirtschaftlich wieder nach vorne bringt.

Dafür schlagen wir eine Agenda 2030 vor, mit der unser Wirtschafts- und Industriestandort wieder gestärkt, Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu einem prioritären politischen Ziel gemacht, Bürokratie der

Kampf angesagt und unsere Exportwirtschaft krisenfest gemacht wird. Diese Agenda 2030 umfasst vordringliche wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte zur Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise, die schrittweise Senkung der Steuerbelastung für thesaurierte Gewinne auf 25 Prozent und die Entlastung von Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Darüber hinaus stehen in unserer Agenda 2030 die Belohnung von Mehrarbeit, eine Fachkräfteoffensive mit einer digitalen „Work-and-Stay-Agentur“, die Rückgängigmachung des Verbrennerverbots und eine Neuausrichtung der CO₂-Flottenziele. Überdies stellen wir ein Innovationsfreiheitsgesetz, Gründerschutzzonen und ein modernes Forschungsdatengesetz in den Mittelpunkt. Unsere Exportwirtschaft werden wir krisenfest machen, indem wir die internationale Zusammenarbeit gezielt an unseren strategischen Wirtschaftsinteressen ausrichten und pragmatische Handelsabkommen abschließen.

Die Wirtschaftspolitik der Ampel ist gescheitert. Es braucht einen echten Politikwechsel hin zu neuem Aufschwung, Wachstum und Wohlstand. Ohne eine starke Wirtschaft gibt es keinen starken Sozialstaat.

Nach zwei Jahren Rezession ist es höchste Zeit, mit einer entschlossenen und durchdachten wirtschaftspolitischen Agenda wieder für Aufbruch und Zuversicht zu sorgen. Dazu unterbreiten wir mit unserer Agenda 2030 sehr konkrete Vorschläge, wie wir die Rahmenbedingungen für unseren Wirtschafts- und Industriestandort verbessern, Forschung und Innovation fördern, Bürokratie auf nationaler und europäischer Ebene zurückbauen und unsere Exportwirtschaft stärken.

Unser [Antrag](#)

„Unsere Landwirtschaft vielfältig, leistungsstark und nachhaltig ausgestalten“ aus Anlass der Grünen Woche

Die Grüne Woche hat verdeutlicht: Die Anliegen der Beschäftigten in der deutschen Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft müssen stärker in den politischen Blickpunkt gelangen. Nur wenn es diesen Betrieben in ihrer ganzen Vielfalt wirtschaftlich gut geht, gibt es eine verlässliche regionale Wertschöpfung und Versorgung. Nur mit einer starken Landwirtschaft lässt sich die Ernährung zu bezahlbaren Preisen sichern. Nur dann können Ackerland, Wiesen und Wälder nachhaltig genutzt werden.

Wir wollen eine florierende Landwirtschaft und intakte ländliche Räume. In den zurückliegenden drei Jahren Ampel-Regierung hat die Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaftsbetriebe eine Politik auf ihrem Rücken erlebt. Mit unserem Antrag legen wir nun einen Plan vor, um auch in der Landwirtschaft einen echten Politikwechsel zu erreichen.

Zu unseren Kernforderungen zählen:

- Die Agrardieselrückvergütung in der Land- und Forstwirtschaft werden wir wiedereinführen und die finanziellen Lasten aus Steuern und Abgaben auf maximal die EU-Durchschnittsbelastung begrenzen.
- Darüber hinaus werden wir uns für die Stärkung einer ressourceneffizienten Landwirtschaft einsetzen und gleichzeitig nationale regulatorische Alleingänge, die die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland einschränken, beenden. Hierzu zählt ein entschiedener Bürokratierückbau, etwa die Abschaffung der „Stoffstrombilanz“.
- Wir wollen eine Priorisierung von Investitionen in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei – unabhängig davon, ob der jeweilige Betrieb konventionell oder ökologisch ausgerichtet ist.

Wir bekennen uns zu einer vielfältigen und starken Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft in Deutschland. Dafür braucht es einen Politikwechsel: Kleine Stellschrauben zu verändern, wird nicht ausreichen. Die Politik der nächsten Bundesregierung wird entscheidend sein für den Bestand der Landwirtschaft in Deutschland und der ländlichen Räume insgesamt.



Unser Politikangebot ist ein Dreiklang: Entfesselung, Innovationen und Investitionen. **Dazu braucht es eine neue Kultur der Anerkennung gegenüber der Leistung der Landwirte.** Wir brauchen Freiheit für Innovationen, damit die Landwirte wieder Freude an der Arbeit und an Investitionen haben. Darüber hinaus brauchen wir einen konsequenten Bürokratierückbau, denn entscheidend ist die Hofarbeit und nicht die Schreibtischzeit.

Mit unserem [Antrag](#)

Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschieden entgegenzutreten

setzen wir ein klares Zeichen gegen antisemitische Vorfälle an Schulen und Hochschulen. Bedrohungen und körperlichen Angriffen gegen jüdische Schülerinnen und Schüler, gegen Studenten und Lehrer treten wir entschieden entgegen. Die dramatische Zunahme antisemitischer Vorfälle – allein 4.782 Vorfälle im Jahr 2023, 471 davon in Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen – zeigt den akuten Handlungsbedarf.

Nach umfangreicher – und leider auch langwieriger – Beratung mit den Fraktionen von SPD, Grünen und FDP haben sich diese entschlossen, unserem Antrag beizutreten und diesen ebenfalls zu unterstützen.



Gemeinsam fordern wir eine gezielte Forschungsförderung zu neuen Formen des Antisemitismus, den Ausbau der jüdischen Gegenwartsforschung und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gegen jede Form von Antisemitismus. Zudem müssen antisemitische Straftaten konsequent geahndet und Hochschulen bei der Durchsetzung von Disziplinarmaßnahmen unterstützt werden. Zudem ist Antisemitismusprävention an Schulen und Hochschulen essenziell. Deshalb setzen wir uns für verpflichtende Bildungsmaßnahmen und die konsequente Umsetzung der IHRA-Definition ein.

Jegliche Formen der Israelfeindlichkeit – dazu zählen insbesondere BDS-Aktivitäten – müssen unterbunden werden. Die Wissenschaftsfreiheit hat in Deutschland Verfassungsrang. Antisemitismus, Ausgrenzung und Ausschreitungen sind inakzeptabel und haben mit Wissenschaftsfreiheit nichts zu tun.

In einer [Großen Anfrage](#) haben wir zahlreiche Fragen gestellt zur

Rückforderung der zu Unrecht erstatteten Steuern aus Cum-Ex-Geschäften von der M. M. Warburg & CO Bank unter Olaf Scholz und Befassung der Bundesregierung mit dem Vorgang

Die Antwort der Bundesregierung haben wir in dieser Woche im Plenum des Deutschen Bundestags zur Sprache gebracht.

Die ehemalige Ampel-Bundesregierung ist mit den Antworten leider abermals echte Aufklärung schuldig geblieben. Im Gegenteil: Sie hat versucht, konkrete Antworten zu umgehen. Sachverhalte werden verdreht oder durch unzählige Verweise auf frühere Antworten die Wahrheitsfindung erschwert. Wir fragen uns, warum das Finanzministerium und die SPD es eigentlich nötig haben, so viel Energie in das Erschweren der Aufklärung zu stecken. Die nötige Transparenz lässt die Bundesregierung so leider vermissen.

Dazu passt:

Auf meine Initiative hin haben sich am Donnerstag zahlreiche Finanz- und Rechtspolitiker der CDU/CSU-Fraktion mit der ehemaligen Kölner Oberstaatsanwältin [Anne Brorhilker](#) getroffen, die bei der strafrechtlichen Verfolgung der Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte internationale Bekanntheit erlangt hatte und auch von Olaf Scholz gefürchtet wurde. Seit 2024 arbeitet sie für die Organisation Finanzwende.



Wir diskutierten mit ihr notwendige Schritte für die kommende Legislaturperiode, wie ein möglichst großer Teil der rund 40 Milliarden Euro (!) Schaden für den deutschen Steuerzahler wieder zurückgeholt werden kann.

Zitat der Woche

«Das ist doch keine Zusammenarbeit. Niemand sollte sich davon abhängig machen, wie die AfD abstimmt.»

(Bundeskanzler Olaf Scholz, im August 2023)